

Klartext

aus Berlin und Augsburg

2014/3

Abgeordnetenbrief
Ulrike Bahr



Foto: © Henning Schacht, 2013

ZUR SACHE

Liebe

Leserinnen und Leser,

„Mehr Zeit für Familien“ - das ist der Leitgedanke des neuen Elterngeld- und Elternzeitgesetzes, das nach der Sommerpause im Bundestag verhandelt wird.

Der Gesetzentwurf von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat zwei Kernelemente, die es einfacher machen sollen, Beruf und Familie miteinander zu verbinden. Das Elterngeld Plus schließt die Einkommenslücke, die entsteht, wenn Eltern Teilzeit arbeiten, um genug Zeit für ihre Kinder zu haben. Der Partnerschaftsbonus unterstützt alle diejenigen zusätzlich, die sich Erwerbsarbeit und Familienarbeit gleichmäßig aufteilen.

Das Elterngeld hat seit seiner Einführung 2007 bereits viel geleistet: Es sichert Familien nach der Geburt ihres Kindes wirtschaftlich ab, führt Mütter wieder in das Berufsleben zurück, und es lässt Väter zunehmend die Chance nutzen, intensiv für ihr Kind da zu sein. Auch die Arbeitgeber

stellen sich langsam um und akzeptieren es, dass sich junge Väter eine Auszeit für die Familie nehmen.

Bisher wird das Elterngeld für maximal 14 Monate nach Geburt eines Kindes gezahlt. Steigen Mütter oder Väter währenddessen wieder in Teilzeit beruflich ein, verlieren sie einen Teil ihres Anspruchs. Mit dem Elterngeld Plus können zukünftig Eltern, die in Teilzeit arbeiten, doppelt so lange Leistungen beziehen: ein Elterngeld-Monat wird zu zwei Elterngeld-Plus-Monaten. Damit lohnt sich für die Eltern auch eine frühe Teilzeit.

Ergänzend gibt es einen Partnerschaftsbonus: Wer sich Beruf und Kinderbetreuung partnerschaftlich teilt, wird länger gefördert. Denn teilen sich Vater und Mutter die Betreuung des Kindes und arbeiten parallel für mindestens vier Monate zwischen 25 und 30 Wochenstunden, erhalten sie jeweils zusätzlich für vier Monate Elterngeld Plus.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist gerade für Frauen immer noch ein Dauerbrenner. Lange familienbedingte Auszeiten sind für Frauen ein Langzeitrisi-

ko: Frauen verdienen 2013 in Deutschland im Schnitt 22% weniger als Männer, wesentlich mehr Frauen als Männer bekommen keine auskömmliche Rente und sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen.

Beim Ziel „Mehr Zeit für Familien“ sind aber auch die Kommunen gefordert: mit flexiblen Betreuungsangeboten für Kinder und einer elternfreundlichen Gestaltung kommunaler Angebote - vom Nahverkehrstakt über Behördenöffnungszeiten bis zu Angeboten von Arztpraxen und dem örtlichen Handel. Im Rahmen der Lokalen Bündnisse für Familien hat der Kreis Donau-Ries dazu ein Modellprojekt durchgeführt und einen Zeitatlas entwickelt, in dem Konflikte für Familien in einem Zeit-Belastungs-Index sichtbar gemacht werden. Anhand der aufgezeigten Konfliktsituationen werden nun im Anschluss gemeinsam mit allen Akteuren Lösungen gesucht. Wir brauchen solche kreativen Ansätze für eine familienfreundliche, partnerschaftliche Gesellschaft mit mehr gesellschaftlicher Chancengleichheit.

Ihre

KINDER- UND JUGENDHILFETAG

Vom 3. bis 5. Juni 2014 war in Berlin der Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag (DKJHT) zu Gast. Verbände, Träger der politischen Jugendbildungsarbeit und die öffentliche und private Jugendhilfe präsentierten sich auf einer Messe und mit einem Fachkongress im Berliner Messezentrum am Funkturm.

Für mich als zuständige Berichterstatterin für Kinder- und Jugendhilfe war das eine sehr gute Gelegenheit, mit den Akteuren direkt ins Gespräch zu kommen. So standen Standbesuche bei der AWO, dem Bundesjugendring, der Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik, der Bundesarbeitsgemeinschaft



Mit Sönke Rix, familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, auf dem DKJHT

Jungenarbeit und bei der sozialdemokratischen Jugendorganisation „Die Falken“ auf dem Programm.

Die direkten Kontakte sind mir sehr wichtig, weil wir die Bemühungen von Manuela Schwesig unterstützen wollen, endlich eine eigenständige Jugendpolitik zu etablieren. Ziel ist es, alle politischen Vorhaben unter Beteiligung der Jugendverbände auf ihre Jugendverträglichkeit zu überprüfen.

AG DEMOKRATIE KONSTITUIERT

Bis nach Ostern hatte die SPD-Bundestagsfraktion noch darauf gehofft, eine Enquête-Kommission zur Belebung der Demokratie ins Leben zu rufen. Da man sich mit dem Koalitionspartner darauf nicht verständigen konnte, setzte Eva Högl als stellvertretende Fraktionsvorsitzende am 23. Mai wieder eine eigene Arbeitsgemeinschaft Demokratie ein. Sie wird sich in den nächsten drei Jahren mit Strategien gegen sinkende

Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit befassen und Wege suchen, mehr Bürgerbeteiligung zu verwirklichen.

Wie die Bertelsmann-Studie „Prekäre Wahlen“ zeigt, sind unsere Wahlergebnisse gar nicht mehr repräsentativ, weil große Bevölkerungsgruppen gar nicht mehr wählen gehen. Der Sprecher der AG, Dr. Lars Castellucci, hat sich hier zusammen mit Dr. Klaus-Peter Bartels und mir als seinen Stell-



Das Sprecherteam der AG Demokratie: Hans-Peter Bartels, Lars Castellucci, Ulrike Bahr

vertretern ein großes Arbeitsprogramm vorgenommen.

ZUR SITUATION VON KINDERN PSYCHISCH KRANKER ELTERN

Der Familienausschuss hat sich am 21. Mai 2014 in einem nicht-öffentlichen Fachgespräch zur Situation der Kinder psychisch kranker Eltern informiert. Er griff damit ein Thema auf, das schon in der letzten Legislaturperiode auf der Tagesordnung der Kinderkommission stand.

Kinder, die mit einem psychisch kranken Elternteil aufwachsen, haben selbst ein stark erhöhtes Erkrankungsrisiko. Sie fühlen sich in Kindergarten und Schule oft ausgegrenzt. Da psychische Erkrankungen ein oftmals totgeschwiegenes Thema sind, wagen sie es oft nicht sich anzuvertrauen und über die Krankheit ihrer Eltern zu reden.

Es gibt in Deutschland zwar zahlreiche Projekte, die sich der Probleme die-

ser Kinder annehmen. Bislang fehlt aber ein regelfinanziertes, dauerhaftes Angebot. Die unterschiedlichen Zuständigkeitsbereiche und Kostenträger der Krankenversicherung, Kinder- und Jugendhilfe, Pflegeversicherung und Rentenversicherung erschweren zudem die Finanzierung der Hilfen und den Zugang zu den Angehörigen psychisch Kranker.

Um die notwendigen Reformen zu besprechen und auf den Weg zu bringen werde ich mich nach der Sommerpause auf Einladung des Ausschussvorsitzenden mit den Berichterstattern aus allen Fraktionen treffen. Ziel ist ein Hilfskonzept, das über die Schnittstellen der Sozialgesetzbücher hinweg die Bedürfnisse der betroffenen Familien ganzheitlich im Blick hat.

MEHRGENERATIONENHÄUSER

Kurz vor der Sommerpause gab es für Petra Crone und mich als zuständige Berichterstatterinnen für die Mehrgenerationenhäuser in der SPD-AG-Familie, noch eine positive Nachricht:



In der Kabinettsitzung vom 02. Juli 2014 hat die Regierung 16,5 Mio. € zur Fortführung des Modellprogramms im Haushalt 2015 bereit gestellt. Damit können die Mehrgenerationentreffe, die so vorbildlich am Zusammenhalt der Gesellschaft und der Gestaltung des demographischen Wandels mitwirken, ihre Arbeit zunächst einmal fortsetzen. Sie alle werden in den nächsten Wochen angeschrieben und können Anträge für 2015 stellen.

Im nächsten Jahr gilt es dann, gemeinsam mit den Ländern und Kommunen Lösungen für eine dauerhafte Finanzierung zu finden.

DER MINDESTLOHN KOMMT!

Der gesetzliche Mindestlohn wird Realität! Nach langen Verhandlungen hat das Parlament in einer seiner letzten Sitzungen vor der Sommerpause das Gesetz mit großer Mehrheit beschlossen.

In Deutschland arbeiten 6,5 Millionen Beschäftigte zu Niedriglöhnen unter 8,50 €. Die Einführung des Mindestlohns wird die Einkommenssituation von etwa 3,7 Millionen Menschen sofort verbessern. Ausnahmen für bestimmte Branchen gibt es nicht. Der Mindestlohn gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab dem 1.1.2015, auch für Mini-Jobber.

Abweichungen sind nur für klar begrenzte Fallgruppen vorgesehen, z. B. für



Minderjährige ohne Berufsausbildung und für Auszubildende. Zudem gilt der Mindestlohn nicht für Pflichtpraktika, die im Rahmen von Schule, Ausbildung oder Studium abgeleistet werden, oder für Praktika zur Berufsorientierung und für freiwillige Praktika während der Ausbildung beziehungsweise des Studiums von bis zu drei Monaten. Für darüber hinausgehende Praktika und Praktika nach dem Berufs- oder Hochschulabschluss gilt der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 €. Außerdem hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, dass für Praktika ein schriftlicher Praktikumsvertrag abgeschlossen werden muss. Darin sollen die Ausbildungsziele, die Dauer des Praktikums, die Arbeitszeit und die Bezahlung festgelegt werden. „Damit machen wir Schluss mit der so genannten *Generation Praktikum*“.

Bis zum 31. Dezember 2016 gilt eine Übergangsfrist, in der tarifliche Abweichungen vom Mindestlohn und Spezialregelungen, z.B. für Zeitungszusteller, möglich sind. Ab Januar 2017 sind dann keine Abweichungen mehr zulässig. Dann wird auch die erste Anpassung des Mindestlohns fällig.

IPS-STIPENDIATENABEND

Mit Schauspiel- und Tanzeinlagen bedankten sich am 5. Juni 2014 die 120 Studierenden des Internationalen Parlamentarischen Stipendiums (IPS) im Deutschen Bundestag bei ihren Abgeordneten für die Zeit in Berlin. Das IPS ist ein Programm des Deutschen Bundestages zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Mein Büro wurde von Stipendiatin Blerina Latifi aus Albanien eingeladen, die seit März ein Praktikum bei mir absolviert. Das Motto des diesjährigen Stipendiatenabends war: „25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs“. Mit ihrer kreativen Show führten uns die Stipendiaten durch die Geschichte des geteilten und wiedervereinigten Deutschlands.



Im Anschluss an das Bühnenprogramm stellten die Stipendiaten an Ländertischen kulinarische und andere Traditionen ihrer Heimat vor. Neben der Reichhaltigkeit der angebotenen Köstlichkeiten beeindruckten auch die einfallsreichen und liebevollen Tischdekorationen. Hinter jedem Tisch prangte die Flagge des Heimatstaates. Und so bot sich uns in der Aula des Paul-Löbe-

Hauses die tolle Möglichkeit, die kulturelle Vielfalt Europas und des Nahen Ostens aus nächster Nähe zu genießen und auf engstem Raum 31 Länder näher kennenzulernen.

STUDIENSEMINAR ZU GAST

Als ehemalige Lehrerin freue ich mich immer besonders, wenn Kolleginnen mich im Bundestag besuchen und sich für meine Arbeit interessieren. Mit dem Studiensseminar Königsbrunn war am 26. Juni eine Gruppe angehender Grundschullehrerinnen zu Gast im Deutschen Bundestag.

Ein zentrales Thema unseres Gesprächs waren die Möglichkeiten politischer Bildung für Grundschulkindern. Der Bundestag hat mit den Webseiten www.kuppelkucker.de für



jüngere Kinder und www.mitmischen.de für die älteren hier schöne und kindergerechte Angebote geschaffen. Vor allem ist es aber wichtig, die Kinder über die Wahl eines Klassensprechers hinaus demokratische Abläufe erleben zu lassen: Argumente auszutauschen, Freude an sachlicher und engagierter Diskussion zu haben, aber auch Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren und mitzutragen.

Berlin Termine X

23.07.2014 | 18:00 Uhr

Augsburger Engagierte im Gespräch mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

09.09.2014 | 09:00 Uhr

Gespräch zum Jugendmedienschutz

10.09.2014 | 09:00 Uhr

Deutsch-schwedisches Seminar zu Altenhilfeplanung und Lebensqualität Demenzkranker

AUS DER ENGAGEMENTPOLITIK

Seit der Einsetzung im Mai tagte der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement bislang dreimal. In der ersten Sitzung diskutierten wir über die Problematik der erweiterten Führungszeugnisse für Ehrenamtliche. Sie sollen den Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch verbessern, stellen Träger und Freiwillige aber oft vor organisatorische Probleme. Hier wollen wir nachbessern.

In den beiden folgenden Sitzungen informierten wir uns über internationale Freiwilligenarbeit, die Angebote von Engagement Global sowie über verschiedene Formen der Anerkennung bürgerschaftlich Engagierter in Europa.

PFLEGE IST UND BLEIBT EIN HEISSES THEMA!

Am Freitag in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause wurde das „Erste Pflegestärkungsgesetz“ beraten. Damit soll bereits ab dem 1. Januar 2015 eine Vielzahl von Leistungsverbesserungen – wie der Anstieg bei vielen Leistungsbeträgen oder Verbesserungen bei der Verhinderungspflege sowie in der Tages- und Nachtpflege - in Kraft treten. Neben der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der sich stärker an den individuellen Bedürfnissen orientiert, muss in einem nächsten Schritt auch die Situation der Pflegefachkräfte Berücksichtigung finden. Da mir dies Thema auch persönlich sehr am Herzen liegt, treffe ich mich regelmäßig mit Menschen aus der Praxis vor Ort, um über die aktuellen Entwicklungen zu diskutieren.

So habe ich anlässlich des „Tags der Pflege“ am 12. Mai Altenpfleger Mana Kwamat bei seinem ambulanten Nachtdienst begleitet. Quer durch die ganze Stadt besuchten wir Senioren in der Nacht, um Einla-



gen zu wechseln, umzulagern oder Nachtschwärmern ins Bett zu helfen. Durch Dienste wie diesen haben ältere Menschen die Möglichkeit, länger in ihren vertrauten vier Wänden zu leben. Mit Hilfe der Ambulanten Dienste können sie länger ein selbstbestimmtes Leben in vertrauter Umgebung führen – eine wesentliche Forderung der SPD-Bundestagsfraktion seit Jahren.

Damit das gelingen kann, braucht es aber auch entsprechend gut ausgebildetes und bezahltes Personal. Ein wichtiges Projekt ist darum die Reform der Pflegeausbildung. Bisher erfolgt die Altenpflegeausbildung zu einem Teil über eigene Schulen der Altenpflege-Träger, die umfassendes Expertenwissen aus der Praxis weitergeben. Bei vielen hochbetagten kranken Menschen wird aber pflegerisches Fachwissen immer wichtiger. Deshalb haben wir im Koalitions-

vertrag vereinbart, mit einem neuen Pflegeberufegesetz ein einheitliches Berufsbild mit einer gemeinsamen Grundausbildung und einer darauf aufbauenden Spezialisierung für die Alten-, Kranken und Kinderkrankenpflege zu entwickeln.

Diese generalistische Ausbildung weckt momentan noch bei vielen Ängste und Bedenken. Dennoch bin ich der Meinung, dass mit einer gut gemachten und durchdachten Reform alle Beteiligten – ob Pflegekräfte,

AUS Augsburg



Einrichtungen oder auch die zu Pflegenden und ihre Angehörigen – nur gewinnen können. Unser Ziel muss es sein, die Ausbildung in der Pflege fachlich so aufzustellen, dass sich durch eine gute und qualifizierte Ausbildung die Berufsaussichten für junge Menschen in der Pflege verbessern und sie ihr Fachwissen letztlich auch in verschiedenen Bereichen optimal einbringen können.

Altenpflege ist psychisch wie physisch ein „Knochenjob“ – das muss sich endlich auch in der Anerkennung und der Bezahlung widerspiegeln. Dabei ist klar: Eine Reform der Pflegeausbildung darf für niemanden zu Verschlechterungen führen – weder für diejenigen, die sich für den Altenpflegeberuf entscheiden, noch für die Qualität der Pflege in den Altenhilfe-Einrichtungen.

Um diese Themen vor Ort mit den Betroffenen zu diskutieren, führe ich derzeit ausführliche und intensive Gespräche in den Augsburger Altenpflegeschulen oder diskutiere mit den Vertretern der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, zuletzt bei einem Termin mit Caritas und KJF, die ihre Ausbildungskonzepte für die Kinderkranken- und die Altenpflege in ihrer neuen Schule in der Kapellenstraße vorstellten.

BAYERISCHER EINE-WELT-PREIS

Am 28. Juni 2014 wurde im Goldenen Saal des Augsburger Rathaus der „Bayerische Eine Welt Preis“ verliehen. Die Bayerische Staatsregierung verleiht diesen Preis zusammen mit dem „Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.“. Als Augsburgerin freut es mich ganz besonders, dass die Diözese Augsburg hier mit ihrer „aktion hoffnung – Hilfe für die Mission“ den zweiten Preis erhielt.

Hier wird die Einhaltung von und die Information über seriöse Geschäftspraktiken in der Kleidersammlung groß geschrieben. Entstanden aus der Kritik an den zweifelhaften Geschäftspraktiken vieler Sammel-



aktion hoffnung darin vorzuleben, wie Kleidersammlung vor dem Hintergrund der Eine-Welt-Idee mit hohem Verantwortungsbewusstsein gegenüber Empfängern wie Spendern aussehen kann. So wird ein kleiner Teil der Kleidung nach bestimmten Kriterien als materielle Projektunterstützung direkt verschickt, während der größere Teil der Kleidung von der **aktion hoffnung** nach sozial- und umweltverträglichen Kriterien an Sortierbetriebe verschickt und verkauft wird.

Der daraus resultierende Erlös fließt wiederum in die finanzielle Unterstützung weiterer Projektpartner weltweit. Mit diesem Modell folgt die **aktion hoffnung** dem Ansatz einer umfassenden und verantwortungsvollen Eine-Welt-Arbeit, die hoffentlich viele Nachahmer findet.

Der erste Platz beim Wettbewerb zum Bayerischen Eine Welt Preis ging im Übrigen

an das Carl-Orff-Gymnasium in Unterschleißheim, dessen Schüler sich in unterschiedlichen Bereichen intensiv mit dem Thema „Eine Welt“ auseinandersetzen, ein Partnerschaft in Marokko unterstützen, einen Schüleraustausch mit Südafrika pflegen und auch das wichtige Thema „Fair Trade“ in ihrer Umgebung publik machen und voran treiben. Rundum verdiente Preisträger also, wie ich finde!

ENERGIEPOLITISCHES GESPRÄCH

Der Augsburger Bund Naturschutz mit seinem Energiebeauftragten Raimund Kamm organisierte am 18. Juni 2014 ein energiepolitisches Gespräch mit den Augsburger Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien und unternehmerischen Partnern der Energiewende.

Zunächst besuchten wir zwei Zukunftsprojekte der Energiewende: ein Windrad und einen untypischen Biogasacker. Beim anschließenden Gespräch im Kloster Holzen thematisierten die Vertreter des Bund Naturschutz die Atom- und Klimage-



fahren und ihre Ansichten bei der Suche nach einem guten Weg zur Energiewende. Das nahe Atomkraftwerk Gundremmingen ist sicherheitstechnisch defizitär und zum Beispiel nicht ausreichend gegen einen Flugzeugabsturz gesichert. Die Lagerung des dort erzeugten Atommülls ist noch in keiner Weise geklärt und eine Belastung für die Zukunft.

Bayern ist immer noch ein Land mit einem sehr hohen Anteil von Atomstrom. Laut einer repräsentativen Umfrage ist die große Mehrheit der Menschen in Bayern für einen Atomausstieg und die Energiewende. Während in Bayern 50% des Stroms in den Leitungen Atomstrom ist, kommen in Sachsen-Anhalt 50% des Stroms aus Windkraftanlagen. Bayerns Stromverbrauch ist sehr hoch, hier gibt es große Einsparpotenziale. Der Verbrauch sollte in größerem Maße durch

erneuerbare Energien gedeckt werden. Bis 2020 sollten 50% des Verbrauchs aus diesen Quellen kommen.

Der Bund Naturschutz wies nachdrücklich darauf hin, dass eine Versorgung mit Wind- und Sonnenenergie nur im großflächigen Verbund gelingen kann. Der Transport des Stroms muss bepreist werden, damit beim Bau von Großkraftwerken mehr Rücksicht auf die Verbrauchsorte und die erforderlichen Transporte gezeigt wird. Der Bau von Stromtrassen ist unvermeidlich und unkritisch, weil Gleichstrom transportiert wird. Über die Trassenführung kann man aber im Einzelnen noch diskutieren.



ZU BESUCH BEIM THW

Zum THW konnte ich mit einer frohen Botschaft aus dem Haushaltsausschuss kommen: Im laufenden Jahr wird die Bundesunterstützung um zehn Millionen Euro aufgestockt. Das auf Katastrophenschutz spezialisierte THW lebt vom Ehrenamt – 99 Prozent der THW-Angehörigen arbeiten ehrenamtlich - und es ist beeindruckend, was die vielen Mitglieder neben ihrer Berufstätigkeit alles auf die Beine stellen.

Allein in Augsburg sind mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich beim THW engagiert. Dabei ist die Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten des THW Augsburg bemerkenswert. Und um für den konkreten Gefahrenschutz im Notfall fit und bestens gerüstet zu sein, investieren die THWlerInnen einen großen Teil ihrer Freizeit in inter-

ne Fortbildungen und Übungen. Dass dieses herausragende ehrenamtliche Engagement von deutschlandweit mehr als 80.000 Menschen nun auch weitere Anerkennung in Form von zusätzlicher finanzieller Unterstützung erfährt, empfinde ich – nicht zuletzt als Mitglied des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement – als sehr positives und wichtiges Signal.

FLUGTAG IN SCHWABMÜNCHEN

Ein buntes Programm für Menschen mit Behinderungen gab es am 5.7. beim Flugtag des Bayerischen Roten Kreuzes. Spaß für alle garantiert!



Augsburg Termine X

16.07.2014 | 18:00 Uhr

*Fraktion vor Ort in der Neuen Stadtbücherei:
Was bringt das Rentenpaket?*

29.07.2014 | 14:15 Uhr

Besuch bei der MAN mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel



30.07.2014 | 10:00 Uhr

Freisprechungsfeier beim Förderwerk St. Elisabeth.

01.08.2014 | 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro



Impressum

V.i.S.d.P.: Ulrike Bahr, Schaezlerstraße 13,
86150 Augsburg

Redaktion: Dr. Ruth Vornefeld, Tel. 030
22777283, ulrike.bahr.ma01@bundestag.de